|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **Protokoll:** | **Sozial- und Gesundheitsausschuss** **des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart** | | **Niederschrift Nr.**  **TOP:** | 104  8 |
|  | **Verhandlung** | | **Drucksache:** | - |
|  |  | | **GZ:** | - |
| **Sitzungstermin:** | | 15.12.2014 | | |
| **Sitzungsart:** | | öffentlich | | |
| **Vorsitz:** | | BMin Fezer | | |
| **Berichterstattung:** | | die Vorsitzende,  Frau Dressel (Flüchtlingsbetreuungsorganisationen),  Herr Weller (Liga Fachausschuss Migration) | | |
| **Protokollführung:** | | Frau Kappallo / fr | | |
| **Betreff:** | | **Soziale Betreuung von Flüchtlingen und pädagogische Hausleitung (Heimleitung) - mündlicher Bericht -** | | |

Der Antrag Nr. 387/2014 vom 12.12.2014 der SPD-Gemeinderatsfraktion ist dem   
Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Wie in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.10.2014 bei der Behandlung des Tagesordnungspunkts 4 "Flüchtlingsunterbringung 2015/Standorte Tranche 2" (s. NNr 77) von StRin Dr. Hackl beantragt, werde heute von Frau Dressel (Sprecherin der Flüchtlingsbetreuungsorganisationen) und Herrn Weller (Sprecher des Liga Fachausschusses Migration) über die Erfahrungen und die gegenwärtige Situation bei der sozialen Betreuung von Flüchtlingen und die pädagogische Hausleitung (Heimleitung) berichtet, unterrichtet BMin Fezer. Neben der Situationsbeschreibung gehe es heute auch um Ressourcen bzw. den "richtigen Betreuungsschlüssel". Allerdings könne sich heute nicht abschließend beraten werden, sondern im Rahmen der nächsten Haushaltsplanberatungen.

Herr Weller informiert über die soziale Arbeit mit Flüchtlingen. Es werde eine deutliche Verbesserung des Schlüssels von bisher 1 : 136 auf 1 : 100 in der Flüchtlingsarbeit gefordert. Besonders herausfordernd sei die Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen seit eineinhalb Jahren. 40 % der Flüchtlinge, die in Stuttgarter Flüchtlingsunterkünften aufgenommen werden, seien traumatisiert. Aufgrund des gültigen Betreuungsschlüssels gebe es keine Möglichkeit, sich um diese Menschen zu kümmern, erklärt Herr Weller. Der Betreuungsschlüssel von 1 : 100 sei notwendig, um die wichtige Arbeit mit diesen traumatisierten Flüchtlingen zu leisten. Therapeutische Arbeit könne indes nicht geleistet werden. Es werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt, die in der Lage sind sich Zeit zu nehmen, um sich intensiv mit einzelnen traumatisierten Flüchtlingen zu beschäftigen. Der Caritasverband Stuttgart habe aus Mitteln eines bischöflichen Fonds seit 01.10.2014 ein Projekt für traumatisierte Flüchtlinge aufgelegt, das einen niedrigschwelligen alltagsorientierten Fachberatungsansatz aufweise. Hierfür seien 2,2 Stellen vorhanden, die traumatisierte Flüchtlinge im Alltag unterstützen und begleiten können. Dieses Angebot werde sehr gut angenommen und leiste für einzelne Personen entlastende Hilfe. Der zweite wesentliche Aspekt für die Notwendigkeit eines besseren Betreuungsschlüssels in der Flüchtlingsarbeit sei die Arbeit mit den vielen Ehrenamtlichen. Beim Caritasverband waren im ersten Quartal 2013 unter zehn Ehrenamtliche im Einsatz. Heute gebe es 198 Ehrenamtliche in den Caritas-Unterkünften, die sich engagierten. Dies sei sehr erfreulich, aber mit dem vorhandenen Personal nicht gut leistbar. Auch hier finanziere der Caritasverband aus Eigenmitteln eine 0,75-Stelle zusätzlich, die nur die Ehrenamtsarbeit innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte verantwortet und koordiniert.

Frau Dressel verdeutlicht das Erfordernis der Verbesserung des Betreuungsschlüssels, da sich unter anderem die Öffentlichkeits- und Medienarbeit inzwischen verändert habe. Wöchentlich erreichten Anrufe der verschiedensten Medien die Organisation, was Mehrarbeit zur Folge habe. Darüber hinaus gebe es eine Flut von Spenden, die einen enormen Aufwand mit sich brächten. Der Beratungsaufwand für Neuzugänge unter den Flüchtlingen sei wesentlich höher als bei Flüchtlingen, die bereits ein bis zwei Jahre vor Ort seien. Die Gesundheitsuntersuchung sei bei vielen neu Hinzugekommenen nachzuholen, ebenso die Asylantragstellung, bemerkt Frau Dressel. Insgesamt gebe es mehr Ein- und Auszüge in den Flüchtlingsunterkünften, die in der Konsequenz wesentlich höhere Fallzahlen bedeuteten. Durch neue Systembauten müsse auch ein komplett neues Netzwerk zu den Bürgern, Kirchengemeinden und Schulen aufgebaut werden. Als letzten Punkt erwähnt sie den verkürzten zeitlichen Zugang zum Arbeitsmarkt, der den Beratungsbedarf steigen lasse. Es müssten geeignete Praktika und Qualifizierungsmaßnahmen für mehr Flüchtlinge gesucht werden.

StRin Dr. Hackl (SPD) bezieht sich auf den gestellten Antrag Nr. 387/2014 ihrer Fraktion, schildert die Hintergründe und spricht sich für die Anhebung des Betreuungsschlüssels zum jetzigen Zeitpunkt aus und nicht erst zum nächsten Doppelhaushalt. Sie begründet dies auch mit der zunehmenden Arbeit der Betreuungsorganisationen. Zudem müssten sich die pädagogisch orientierten Hausleitungen mit Hausmeistertätigkeiten abgeben, was eine geringere zeitliche Betreuung der Flüchtlinge zur Folge habe. Die Verwaltung möge mit den Betreuungsorganisationen in einem abgestimmten Vorschlag Anfang 2015 darstellen, wie ein verbesserter Betreuungsschlüssel aussehen könnte, fordert StRin Dr. Hackl. StR Stopper (90/GRÜNE) und StR Adler (SÖS-LINKE-PluS) schließen sich dieser Forderung an.

StR Fuhrmann (CDU) bedankt sich bei den Vortragenden und stellt klar, dass sich seine Fraktion mit der Anhebung des Stellenschlüssels momentan schwertue. Stellenschlüssel werden üblicherweise berechnet, was er hier vermisse. Wenn ein qualitativer Mehrbedarf vorliegen würde, der näher beschrieben den Stellenschlüssel und auch die Tätigkeitsbereiche dezidiert auflistet, verspricht dieser Stadtrat seine Unterstützung. StRin von Stein (FW) äußert, sie rechne in diesem Fall mit einer konstruktiven Lösung. StR Stopper kann die veränderten Rahmenbedingungen nachvollziehen, was StRin von Stein auch erklärt. StR Stopper möchte wissen, ob sich die damalige Basis, die Zahlengrundlage des Stellenschlüssels, mit der heutigen Anhebung vergleichen lasse. Es sei im Übrigen nicht das übliche Verfahren, in einer öffentlichen Ausschusssitzung einen Stellenschlüssel zu verhandeln, bemerkt er. Er bittet darum, einen Weg zu finden, wie über den Stellenschlüssel auf fachlicher Basis beraten werden könne. In diesem Zusammenhang möchte dieser Stadtrat eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung. Weiter ausführend lässt StR Stopper wissen, es sei schwierig, wenn die dafür erforderlichen Mittel aus der Deckungsreserve bereitgestellt werden sollen, wie im Antrag beantragt.

StR Adler (SÖS-LINKE-PluS) widerspricht seinem Vorredner in der Aussage, der Betreuungsschlüssel von 1 : 136 sei gut hergeleitet. Die Situation, die sich jetzt darstelle, war seiner Meinung nach bereits im Herbst 2013 vorhersehbar. Die Argumentationen von Herrn Weller und Frau Dressel sind für StR Adler plausibel, weshalb er einen Verweis in die nächsten Haushaltsplanberatungen ablehnt und den Antrag der SPD-Fraktion nachdrücklich unterstützt.

StRin Yüksel (FDP) spricht sich für eine weitere Vernetzung der Betreuungsorganisationen aus. Sie hat für das geäußerte Anliegen der beiden Referenten Verständnis. Sie fragt nach der Anzahl der Überstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Migration und Integration des Caritasverbands Stuttgart e.V.

BMin Fezer fasst zusammen, heute könne nicht in aller Ausführlichkeit beraten werden. Die Vorsitzende schlägt vor, sich mit dem Thema mit einer abgestimmten Vorlage im nächsten Jahr erneut zu befassen - allerdings nicht in der ersten Sitzung des SGA, da dies zeitlich nicht möglich sei. In der Vorlage werde der Ressourcenbedarf qualifiziert dargestellt, ebenso werde ein Städtevergleich mit anderen baden-württembergischen Städten vorgelegt. Das Land Baden-Württemberg sei auf dem Weg einer Empfehlung eines Betreuungsschlüssels oder auch einer Vorgabe eines Betreuungsschlüssels für die Kommunen. Die Landesregierung denke darüber nach, den Kostenersatz für die Kommunen zu verändern. Außerdem seien die Erstaufnahmestellen erweitert worden, informiert die Vorsitzende. Es sei unbenommen, dass die Gesundheitsuntersuchungen in den Landeserstaufnahmestellen stattzufinden haben, was den Aufwand in der Landeshauptstadt Stuttgart verringere. Auf Basis dieser Faktoren werde eine qualifizierte Vorlage erstellt, verspricht BMin Fezer.

BMin Fezer stellt fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

**Verteiler:**

I. Referat SJG

zur Weiterbehandlung

Sozialamt (5)

weg. SGA

II. nachrichtlich an:

1. Herrn Oberbürgermeister

2. Stadtkämmerei (2)

3. Rechnungsprüfungsamt

4. L/OB-K

5. Hauptaktei

III. 1. CDU-Fraktion

2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

3. SPD-Fraktion

4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)

5. Fraktion Freie Wähler

6. FDP-Fraktion

7. Gruppierung Alternative für Deutschland

8. Die STAdTISTEN